



Resolution zu SPD Kreisparteitag am 22. September 2018

OV Schleswig

Resolution zum Fall Maaßen

Die Delegierten des Kreisparteitages der SPD Schleswig-Flensburg mögen folgende Resolution beschließen:

„Der Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg missbilligt das Vorgehen der Bundesregierung in der Personalentscheidung Hans-Georg Maaßen aufs Schärfste.

Mit größtem Unverständnis müssen wir erleben, dass der aus seinem Amt als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz entfernte Hans-Georg Maaßen trotz seines Fehlverhaltens durch den ihm vorgesetzten Minister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer in den höheren Rang eines Staatssekretärs berufen wird.

Maaßen hat ohne hinreichende tatsächliche Prüfung ein im Zusammenhang mit den Vorgängen in Chemnitz veröffentlichtes Video als wohl nicht authentisch abgetan. Dieses Statement stellt eine Verharmlosung von ausländerfeindlichen Gewalthandlungen dar. Das der hochrangige Maaßen damit voreilig vorgetreten ist, bringt ihn in den Verdacht, rechtsradikales Tun durch Verharmlosung zu unterstützen. Diesem Verdacht darf der Präsident der Behörde, welche den Schutz unserer freiheitlichen Verfassung im Namen führt, welche der Achtung der Menschwürde vor allem anderen verpflichtet ist, sich nicht aussetzen. Er ist zu Recht als untragbar abgesetzt worden.

Mit der Berufung Maaßens zum Staatssekretär müssen wir als Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft in der Sorge leben, dass das Ministerium des Inneren an prominenter Stelle und damit auch der Verfassungsschutz auf dem rechten Augen blind werden oder bleiben.

Wir missbilligen zudem, dass der Experte im wichtigen und aktuellem Thema Wohnungsbau, Staatssekretär Gunther Adler, seinen Posten zugunsten Maaßens räumen muss.

Dieses Vorgehen lässt die Menschen in unserem Land frustriert zurück. Die ohnehin schon viel zu starke Politikverdrossenheit erhält durch solches unnötiges Handeln der drei Parteivorsitzenden Angela Merkel, Horst Seehofer und Andrea Nahles noch weiter Zulauf.

Wir rügen die beispiellose Beihilfe des Ministers Seehofer zur Verharmlosung rechtsradikaler Umtriebe in unserem Land und fordern seinen Rücktritt.

Sozialdemokratische Politik muss auf allen Ebenen konkret, transparent und für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verständlich und nachvollziehbar sein. Wir kritisieren, dass unsere Bundesvorsitzende Andrea Nahles diesen Vorgang duldet. Wir befürchten, dass dadurch der Abstand der Vorsitzenden zur Parteibasis noch weiter anwächst und das Vertrauen der SPD-Mitglieder in den Bundesvorstand und in die Bundesregierung weiter abnehmen wird.

Wir fordern den SPD-Bundesvorstand und die Kabinettsmitglieder auf, hinsichtlich der Personalie Maaßen klare Kante zu zeigen und ihrerseits die vollkommen unverhältnismäßige Beförderung Maaßens strikt abzulehnen.“

Weitere Begründung erfolgt mündlich.